

hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein

www.du4.li Ausgabe 1/17 - Januar 2017

Es gibt eine Alternative...

von Harry Quaderer

Liebe Bürgerinnen und Bürger, hiermit möchte ich Ihnen keine Anleitung zum «Richtig wählen» geben, sondern ganz einfach nochmals ein paar Gedanken für die Wahlen mitgeben, warum die Unabhängigen in der politischen Landschaft Liechtenstein wichtig sind (die Briefwahl beginnt übermorgen). Wenn ich Sie überzeugen kann, warum die Unabhängigen in diesen Landtagswahlen die einzige Alternative bzw. die beste Wahl sind – umso besser!

Opposition

Die etwa 100-jährige Parteienstruktur im Lande Liechtenstein hat sich erstmals vor gut 30 Jahren mit den Einzug der «Weissen» wirklich verändert. War die Freie Liste vor 30 Jahren wirklich noch wie ein frischer Wind, der durch's Land blies, und auch politische Akzente setzte, so ist sie heute ideologisch verblendet und weiss nicht, ob sie Oppositionspartei oder Regierungspartei ist. Die Freie Liste ist zu einer taktierenden, linken Altpartei mutiert, der es nur darum geht, ihre linke Ideologie am Leben zu erhalten. Von einem frischen Wind ist nichts mehr zu spüren.

Vor vier Jahren hat sich die politische Landschaft im Lande ein weiteres Mal ganz gewaltig verändert. Die Wähler haben ihre geballten Fäuste aus dem Hosensack genommen, und die Unabhängigen erhielten über 15% der Wählerstimmen. Wir haben den Auftrag der Wähler, endlich neue Pfade einzuschlagen und Ideen einzubringen sowie auf Missstände aufmerksam zu machen, in den vergangenen vier Jahren nach bestem Wissen und Können wahrgenommen.

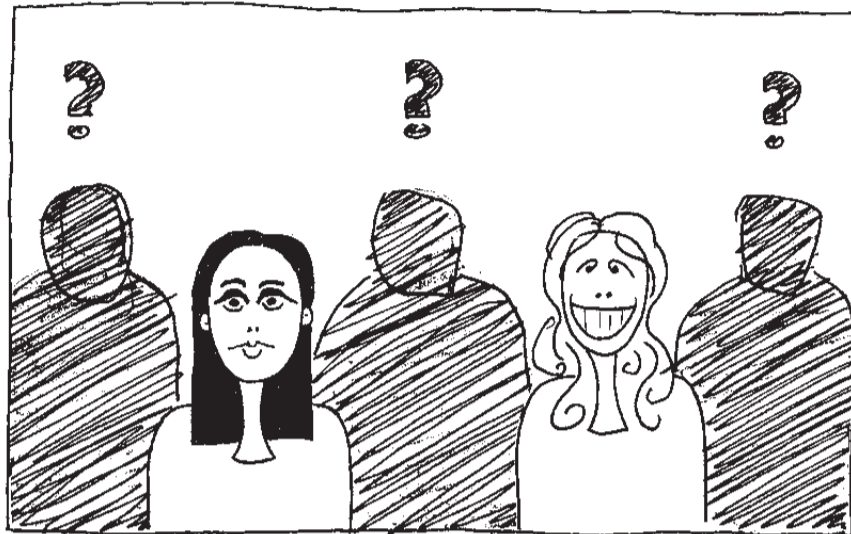
Wutbürger?

Konnte man dieses überwältigende Resultat allein mit dem Wahlverhalten der so genannten «Wutbürger» erklären? Nein, das denke ich nicht. Die Liechtensteiner sind keine «Wutbürger». Das ist ein abschätziger Begriff für alle Bürgerinnen und Bürger, die ganz einfach genug haben vom parteipolitischen Einerlei und Gemauschel der Altparteien. Viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wollten ganz einfach dem altbekanntesten, mal schwarz-roten, mal rot-schwarzen Parteienfilz Grenzen setzen. Macht braucht Kontrolle! Politik braucht neue Ideen!

Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine «lästige» und «echte» Opposition. Sie wollen, dass man dem zum Teil arroganten Machtgehabe und der Postenschacherei Abhilfe schafft. Und ja, das Volk will, dass ihm mehr Gehör geschenkt wird.

Populisten

Die angeblich nur von so genannten Wutbürgern gewählten «Populisten» sind heute bei Politikern, Politologen und Journalisten, bei Intellektuellen und Pseudo-Intellektuellen, an allem schuld, was ihrer Meinung nach schlecht läuft. Dabei haben sie das ganze Desaster, in dem wir heute stecken, zu ver-



antworten. Das Polit-Establishment und die Pseudo-Intellektuellen machen schon lange keine Politik mehr für das Volk, sondern am Volk vorbei. Auch bei uns ist dies der Fall.

Unverbraucht, kritisch und couragiert

Ja genau, das sind wir: unverbraucht, kritisch und couragiert. Persönlich hat mir vor nunmehr ca. sechs Jahren die von oben nach unten diktierte Mitmacher-Politik bei der VU verleidet. Das hat mich dann, zusammen mit mutigen Kollegen, bewogen, als Unabhängiger nochmals für Land und Volk zu politisieren. Die Unabhängigen sind, sollen und müssen unangenehm sein. Politik ist nicht zum Kuschneln. Politik ist ein Ringen um gute Lösungen und dabei dürfen ja ganz sicher auch mal Fetzen fliegen.

Meinungen, die nicht Mainstream sind, haben bei den Unabhängigen auch Platz. Die Unabhängigen sind kein Wohlfühlverein oder Kuschnelzoo so wie z.B. die Rosaroten. Mit Ecken und Kanten, mit klaren Worten, mit Zivilcourage macht man sich nicht immer Freunde in der Politik. Wenn man es allen recht machen oder bei möglichst allen gut ankommen will, macht man keine gute Politik mehr. Im «hoi du» werden wir auch in der Zukunft «Unangenehmes» aufzeigen und dabei auch Ross und Reiter nennen. Das bekannte «Unter-den-Teppich-kehren» hat bei uns keinen Platz.

Verantwortung zu tragen und sich für das Land einzusetzen bedeutet halt auch «unangenehm» zu sein. Dies hat sich bei der Post PUK am besten gezeigt. Dass es bei der PUK-Debatte VU-Abgeordnete gab, die sich künstlich über die entstandenen PUK-Kosten (ca. 200'000 Franken) empörten, anstatt die 23 in den Sand gesetzten Millionen zu beanstanden, zeigt den Unterschied zwischen «Unter-den-Teppich-kehren» und «dem Volk die Wahrheit sagen» am deutlichsten.

Positionen beziehen

Auch in der unsäglichen Auseinandersetzung zwischen Ärztekammer, Regierung, Krankenkasse und dem Prämienzahler zeigt sich, wer den Mut hatte, Stellung zu beziehen anstatt sich hinter dem politischen Kalkülvorhang zu verstecken. Stellung beziehen bedeutet ja nicht immer recht zu haben! Aber die Meinung zu äussern, auch wenn man mit die-

ser aneckt, soll und darf nicht unterdrückt werden. Hat VU-Vizeregierungschef Zwiefelhofer dezidiert Stellung zu dieser unsäglichen Konfrontation im Gesundheitswesen genommen? Nein, aber gerade in dieser Angelegenheit wäre ein Schulterschluss der Regierungsparteien von Nöten gewesen! Von den möglichen zukünftigen Regierungsräten der VU hört man gar nichts Konkretes zu diesem Thema. Warum wohl?

Der OKP-Streit ist Wahlkampf auf der gesundheitspolitischen Bühne! Man bekommt den untrüglichen Eindruck, dass die Ärztekammer auf eine rote Mehrheitsverantwortung in der Regierung abzielt. Warum? Was wäre die Konsequenz? Gesundheitsministerin Gantenbein oder Gesundheitsminister Risch! Der rote Teppich würde vor der Ärztekammer ausgerollt. Warum? Frau Gantenbeins Onkel ist OKP-Arzt (und ehemaliger Landtagsabgeordneter der Freien Liste), Daniel Risch's Bruder ist auch Arzt und baut zurzeit eine Burnout-Klinik auf Gaflei. Ein Schelm, wer sich darauf seinen eigenen Reim macht? Ich denke nicht.

Journalistisch schießt das *Vaterland* gegen die Regierung und insbesondere gegen den Gesundheitsminister. Von Kollegialregierung ist in dieser für alle Einwohner wichtigen Angelegenheit nichts zu spüren, obwohl sich die beiden Grossparteien

sicher sind, dass sie die neue Koalitionsregierung bilden werden.

Und die Rolle des Regierungschefs? Hat Adrian Hasler seinem Gesundheitsminister Pedrazzini nicht den Teppich unter den Füssen weggezogen, indem er der Ärztekammer zweimal mit Änderungen in der Krankenversicherungsverordnung entgegenkam?

Wird es Schule machen, dass Betroffene, die mit Verordnungen der Regierung nicht einverstanden sind, künftig ganz einfach mal mit der Keule schwingen, damit die Regierung einknickt?

Wäre der Landesausschuss nicht besser gefahren, wenn er gefordert hätte, dass der Landtag einberufen wird, damit dieser sich mit der verfahrenen Situation befassen kann? Dies hatte der du-Abgeordnete (und Landesausschuss-Mitglied) Herbert Elkuch bereits im Dezember angeregt, stiess jedoch auf kein Gehör. Der Landtag hätte m.E. die Situation klären und «sein» Gesetz, das bekanntlich auch vom Volk angenommen wurde, verteidigen können. Stattdessen hat der Landesausschuss die Regierung aufgefordert, Gesetzesänderungen vorzubereiten. Die Gesetzesanpassungen wird erst der neue Landtag, frühestens im Mai, behandeln können. Das ist doch s'Ross am Schwanz aufgezümt! Dadurch droht sich der OKP-Streit noch Monate lang zu verschleppen. Wenn die Ärztekammer auf das zweimalige Entgegenkommen der Regierung nicht eingeht, wird die Situation wohl in einem Supergau enden.

Aber es wurde so entschieden. Hoffen wir, dass das gewählte Vorgehen der Bevölkerung bzw. den Versicherern so bald wie möglich ihre Verunsicherung und Ängste wegnehmen kann.

Position bezogen

Es hat mich gefreut, dass der VU-Landtagskandidat Dr. Rainer Wolfinger einen sehr guten Le-

Fortsetzung auf Seite 3

Unsere Positionen

Diese Verfassungsbestimmungen sind für uns Programm: «Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung» (Art. 57 LV) und geloben «das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern» (Art. 54 LV).

Die du-Abgeordneten sind fest entschlossen, unabhängig von Parteiinteressen zum Wohl unserer Heimat beizutragen.

Wie unser Name «du – die Unabhängigen» sagt, sind wir keine Einheitspartei, sondern eine Gruppe von selbständig denkenden und handelnden Personen, die sich zusammengefunden haben, weil wir viele Aufgaben und Herausforde-

rungen ähnlich sehen. Noch einiger sind wir uns über die Art und Weise, wie die anstehenden Aufgaben angepackt werden sollen:

- pragmatisch anstatt mit ideologischen «Nebenrücksichten»,
- zielstrebig und geradlinig anstatt mit parteipolitischen Hakenschlägen und Winkelzügen,
- der Aufklärung anstatt der politischen Korrektheit verpflichtet,
- mit dem Wohl der Allgemeinheit fest im Auge anstatt auf Partikularinteressen schiele,
- zupackend anstatt zaudernd.

Fortsetzung auf Seite 3

EDITORIAL

In einem seiner «Abschieds-Interviews» sagte Barack Obama letztthin, er habe es nie ausstehen können, wenn Leute komplexe Angelegenheiten auf simple Schlagworte reduzieren. Das sagt ein US-Präsident, der vermutlich mehr als einmal in seinem politischen Leben gezwungen war, seine Politik für die Medien zu vereinfachen.

Obwohl wir noch in einer Gesellschaft leben, in der man sich kennt, werden immer mehr mediale Trends übernommen, die eigentlich für Länder geschaffen wurden, in denen es anonym zu und her geht. Das jüngste Beispiel ist wahlhilfe.li. Die erste Frage, die sich dabei stellt: Brauchen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner eine Wahlhilfe? Ich meine nein (und mache deshalb auch nicht mit).

wahlhilfe.li wurde vom Liechtenstein-Institut, also von Politologen, begleitet und gefördert, fällt aber nicht durch Wissenschaftlichkeit auf. Wahlhilfe.li erinnert eher an eine Partnersuche-Website. Man beantwortet 45 Fragen und dann gibt einem die Website eine Wahlempfehlung.

Ich habe auf smartvote.ch, der Vorlage von wahlhilfe.li, die Fragen zur Stadtpräsidentenwahl von Bern beantwortet. Smartvote empfahl mir, Ursula Wyss zu wählen; wählen würde ich aber ihren Gegenkandidaten. Auf smartvote kann man übrigens 34 oder 59 Fragen beantworten. Je nachdem ob man einen «schnellen» Wahltipp sucht oder sich etwas mehr Zeit für alle 59 Fragen nimmt, fällt die Wahlempfehlung anders aus. Ähnlich daneben auch die Wahlempfehlung von wahlhilfe.li. Kandidaten und Kandidatinnen, die ich persönlich sehr schätze, werden mir da nicht zur Wahl empfohlen.

Wie kann es zu solchen Fehleinschätzungen kommen? Die sog. Wahlhilfe ist zu simpel. Sie ist so simpel, dass sie als Wahlmanipulation betrachtet werden muss. Das zeigt sich z.B. bei den Fragen zur Umweltpolitik: Aufgrund von 5 Fragen zu Umwelt, Verkehr und Energie wird man da in eine Schublade gesteckt. Bist Du gegen Rheinaufweitungen, bist Du gegen die S-Bahn, dann bist Du gegen einen «ausgebauten Umweltschutz». Rheinaufweitungen und S-Bahn mit «ausgebautem Umweltschutz» gleichzusetzen ist nun wirklich zu einfach.

Es ist in meinen Augen auch ein Mangel, dass einem wahlhilfe.li nur die Kandidaten zur Wahl empfiehlt, mit denen man politisch angeblich am meisten übereinstimmt. Wählen sollte man doch Leute, die man für geeignet und fähig hält, auch wenn man politisch das Heu nicht unbedingt auf der gleichen Bühne hat. Wahlhilfe trägt somit nur zu einer unnötigen Polarisierung bei, die an anderer Stelle dann wieder beklagt wird.

Ein weiterer Mangel ist, dass wahlhilfe.li ausser Acht lässt, dass FDP, FL und VU gerade nicht mit den Landtagskandidaten, sondern mit den Regierungskandidaten Wahlkampf machen. Insbesondere die Regierungschefkandidaten werden als sog. «Spitzenkandidaten» vorausschickt, obwohl wir sie nicht direkt wählen können. Dies stellt viele Wähler vor ein grosses Dilemma. Ich kenne FDPler, die Adrian Hasler weiter als Regierungschef haben, aber Mauro Pedrazzini in die Wüste schicken möchten. Es gibt VU-ler, die Thomas Zwiefelhofer einfach nicht als Chef sehen und Frau Gantenbein nicht in der Regierung haben wollen. Gleichzeitig sind wohl 5 der insgesamt 6 roten bzw. schwarzen Regierungskandidaten schon «gesetzt» (siehe Zeichnung nebenan). Das ist für manche ein Grund, nicht wählen zu gehen. Schade.

Wie soll man da wählen? Die Unabhängigen! Je mehr Stimmen die Unabhängigen bekommen, umso mehr Einfluss werden wir auf die Zusammensetzung der Regierung nehmen können.

Pio Schurti

die Unabhängigen – für Liechtenstein

Wahlkreis Oberland:

Jürgen Beck, Jahrgang 1961, Vaduz



Wenn ich gewählt werde, werde ich mich mit all meiner Erfahrung für unser Land einsetzen.

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Heimat auch für unsere Nachkommen noch ein lebenswerter Ort ist, in dem man ein ausreichendes Auskommen hat. Aus diesem Grund muss im Landtag Platz für strategische Diskussionen geschaffen werden, mit dem Ziel einen zukunftsfähigen Weg für unser Land zu bestimmen.

Ado Vogt, Jahrgang 1975, Vaduz



Ich stehe für einen starken Mittelstand, für die Förderung des Gewerbes. Damit einhergehend bin ich für einen rigorosen Abbau der Bürokratie, weniger Bevormundung im gesellschaftlichen Leben. Wir müssen das duale Bildungswesen pflegen und stärken, die Beziehungen zur Schweiz vertiefen.

Meine wichtigsten Ziele: Unnötige Gesetze abschaffen, selbstbewusster gegenüber dem EWR auftreten, Auslandsengagements überprüfen.

Pascal Willi, Jahrgang 1992, Balzers



Es ist wichtig, dass die Jugend eine Stimme im Landtag bekommt, denn jetzt wird unsere Zukunft gestaltet! Meine wichtigsten Ziele sind:

- Den Jungen mehr Kraft bzw. mehr Stimme im Landtag verleihen
- Stopp/Abbau der Überbürokratisierung
- Staatsapparat abbauen bzw. mindestens Ausbau stoppen
- Das Sparen auf Kosten unseres Mittelstands stoppen.

Isolde Hermann-Jehle, Jahrgang 1975, Schaan



Meine drei wichtigsten Ziele sind: Christliche Politik, gerechte Familienpolitik und Zuwanderungs- bzw. Asylpolitik. Ich will dem Bestreben vieler Politiker Gegensteuer geben, die ganz klar versuchen, das Christentum in den Boden zu drücken – sie reden von Humanismus!

Die staatliche Bevorzugung der modernen Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, muss aufhören! Die Kehrtwende der Grossparteien betreffend Zuwanderungspolitik – so kurz vor den Landtagswahlen – soll weiter verfolgt werden! Ich bin empört über die verantwortungslose Willkommenspolitik in Europa!

Harry Quaderer, Jahrgang 1959, Schaan



Die Unabhängigen sind die einzigen, die das Ohr wirklich beim Volk haben. Wir haben in der vergangenen Legislatur unsere Oppositionsrolle ernst genommen und sind die einzige Oppositionspartei im Landtag. Wir kennen weder Parteidiktat noch Fraktionszwang. Die Unabhängigen entscheiden nur nach ihrem besten Wissen und Gewissen.

Mein wichtigstes Ziel, wenn ich wieder gewählt werde: Das Beste zum Wohle des Landes geben.

Thomas Rehak, Jahrgang 1971, Triesen



Ich werde mich für mehr Transparenz einsetzen und stehe für nachfolgende Positionen:

- einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Steuererhöhungen
- eine effiziente Verwaltung mit angemessener Entlohnungspraxis
- Staatsunternehmen, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren
- die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein
- eine faire Familienpolitik, die alle Familienmodelle zu schätzen weiss
- eine Schweiz-freundliche Aussenpolitik
- eine Politik mit Einbezug aller positiven Kräfte

Pio Schurti, Jahrgang 1964, Triesen



Ich setze mich besonders für ein freies, unabhängiges und selbstbewusstes Liechtenstein ein. Auch in Liechtenstein müssen wir uns täglich gegen die Beschneidung der persönlichen Freiheit und Privatsphäre zur Wehr setzen.

Der ehemalige amerikanische Präsident Abraham Lincoln sagte, er habe nie ein politisches Programm verfolgt, sondern einfach jeden Tag erledigt, was zu erledigen gewesen sei. Diese Herangehensweise halte ich für vernünftiger, als mit grossen Versprechungen in den Wahlkampf zu steigen. In folgenden Bereichen engagiere ich mich besonders: Aussenbeziehungen, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Natur und Umwelt.

Siegfried Sele, Jahrgang 1962, Triesen



Ich stehe für eine ehrliche Politik, in welcher auch unangenehme Themen auf den Tisch kommen und nicht unter den Teppich gekehrt werden, denn nur so kann man Aufgaben und Probleme nachhaltig lösen.

Ich werde mich für folgendes einsetzen:

- Eine Politik von unten nach oben und nicht von oben herab
- Einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne weiteren Sparmassnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.
- Einen Wirtschaftsstandort, der auch für unsere Jugend noch Perspektiven und genügend Arbeitsplätze bietet.
- Eine Bildung, die nach den Bedürfnissen der Abnehmer (Gewerbe, Banken, Industrie etc.) angepasst wird.

Othmar Züger, Jahrgang 1961, Triesen



Ich setze mich für eine starke und verantwortungsvolle Privatwirtschaft ein, eine schlanke Staatsverwaltung beschränkt auf Kernaufgaben, eine Stärkung direktdemokratischer Entscheidungsfindungen, für wieder engere Zusammenarbeit mit Schweiz, für die freie, individuelle Entfaltung unabhängig von Herkunft, für ein starkes duales Bildungswesen, für weniger und einfachere Gesetze.

Ich bin gegen die Kostenabwälzung bei Staat und Sozialwerken auf die nächste Generation.

Burgi Beck, Jahrgang 1958, Triesenberg



Ich liebe meine Heimat und werde mich mit Herzblut einsetzen, wenn ich gewählt werde.

Meine wichtigsten Ziele sind: Eine gerechtere Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik, mehr Toleranz, Mitgefühl und Verständnis, für ein «Midanand» statt parteipolitischem Geplänkel; dass der Mensch wieder vermehrt in den Mittelpunkt gestellt wird, dass Leben geachtet und geschützt wird.

Johann Beck, Jahrgang 1956, Triesenberg



Ich plädiere für einen schlanken Staat, in welchem es selbstverständlich ist, dass Leiter für Versäumnisse zur Rechenschaft gezogen werden – und das ohne goldenen Fallschirm!

Keine weitere AHV-Kürzung infolge Vorbezug der Rente für Handwerker und -innen. Sozialleistungen, die ins Ausland fliessen, sind mit einer Übergangsfrist den jeweiligen Lebensstandards im Heimatland der Bezüger anzupassen. Nachhaltiger Umgang mit den Staatsfinanzen, damit nachfolgende Generationen auch noch etwas von dem Segen haben. Wir haben zu viele Gesetze, Vorschriften und Regulierungen – dem ist entgegenzuwirken. Eindämmen der Gesetzesflut, wo immer möglich. Sorge tragen zu Umwelt und Natur. Enge Kontakte zu unseren Nachbarn Österreich und der Schweiz pflegen, aber auf Augenhöhe und mit gegenseitiger Wertschätzung.

Wahlkreis Unterland:

Werner Dolzer-Müssner, Jahrgang 1965, Eschen



Ich gehöre zur Arbeiterklasse und möchte die Arbeiter im Parlament vertreten.

Ich möchte, dass die Politik sozialverträglicher wird. Abgaben (Steuern, Prämien, etc.) müssen gerecht sein. Sozialleistungen müssen gerecht verteilt werden. Die Löhne für Regierungsmitglieder und Leiter der Verwaltung und der staatseigenen Betriebe müssen angepasst werden: 10 bis 15 Prozent Einsparungen bei den Löhnen in den oberen Etagen sind möglich.

Erich Hasler, Jahrgang 1956, Eschen



Eigentumsbildung soll gefördert werden (Erhöhung Vermögensfreigrenze; privates Sparen (Säule 3a) soll steuerlich begünstigt werden); Managerlöhne der staatsnahen Betriebe müssen auf vernünftiges Mass reduziert werden; gerechte Verteilung der Gelder für die Kinderbetreuung; Transfer von Steuergeld ins Ausland stoppen.

Meine Ziele für die kommende Legislatur: Abschaffen der Revisions-/Reviewpflicht für kleine und mittlere Unternehmen; Reduktion des Staatsapparates; Aussenpolitik grössenverträglich gestalten und auf die Schweiz fokussieren; Abbau der Handelshemmnisse gegenüber der Schweiz, so dass freier Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der Schweiz realisiert ist.

Agnes Dentsch, Jahrgang 1951, Ruggell



Unser Mitbürger haben das Recht auf mehr Transparenz, mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit auf allen Ebenen. Dafür werde ich mich mit aller meiner Kräfte einsetzen.

Meine Ziele: Die Missstände im Gesundheitswesen und in den Altenheimen aufdecken und eliminieren. Bezahlbare Prämien für unsere Nachkommen.

Herbert Elkuch, Jahrgang 1952, Schellenberg



Ich stehe ein für Freiheit, Selbstbestimmung, Entfaltung, freie Meinung; für ein gutes Bildungsangebot, auch für Lehrberufe; für eine Wirtschaft, die allen Arbeit bietet; für eine Familienpolitik, die eine Familiengründung auch bei kleinem Einkommen ermöglicht; für Staatsreserven für schlechtere Zeiten; für unsere Staatsform.

Meine Ziele sind höhere Wertschätzung für Familien anzustreben. Unsere Generation darf nicht auf Kosten der Enkel oder Urenkel leben. Mehr Eigenständigkeit, weniger (EU-) Vorschriften. Arbeiten muss sich lohnen.

Peter Wachter, Jahrgang 1949, Schellenberg



Die Unabhängigen haben die Parlamentarische Kontrolle der Regierung in der letzten Legislatur sehr ernst genommen. Das werden wir auch im nächsten Landtag tun.

Liechtenstein soll ein für die Einwohner lebenswertes Land bleiben. Unser Vorteil sind die kurzen Wege zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu den Entscheidungsträgern. Unsere Kleinheit ist ein Vorteil, den wir vermehrt ausnützen müssen.

du
die Unabhängigen – für Liechtenstein

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti
Adresse: du – die Unabhängigen
Feldkircherstrasse 50,
Postfach 154, 9494 Schaan,
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19'600 Exemplare

Fortsetzung von Seite 1

Es gibt eine Alternative

serbrief geschrieben hat und auch den Mut hatte, als Arzt i.R. den Erpressungsversuchen wie auch der verfehlten Rhetorik der Ärztekammerpräsidentin zu widersprechen. Die Reaktion seiner empörten Ärztekollegen liess nicht lange auf sich warten! Es gibt Exponenten in der Ärztekammer, die mit gewaltigem Druck und Einschüchterung in ihren eigenen Reihen Macht ausüben. Warum schweigt wohl die grosse Mehrheit der Ärztekammer-Mitglieder? Dr. Pepo Frick war zumindest als es um den Verpflichtungskredit LLS ging ein gewaltiger Gegner der Ärztekammer, und ich erinnere mich daran, dass er zumindest damals nicht Mitglied der Kammer war. Bei der Ankündigung der Ärztekammer, geschlossen aus dem OKP auszutreten steht er zusammen mit seinem weissen Kollegen Dr. Egon Matt auf der Bühne. Beide stellen sich hinter die Ärztekammerpräsidentin. Die Weissen waren gegen die KVG-Revision, doch wenn es um Eigeninteressen geht, stehen sie ganz vorne an. Von Glaubwürdigkeit keine Spur!

Die Unabhängigen in die Regierung?

Um es ganz klar zu sagen: Wir streben keine Regierungsbeteiligung an. Unser Ziel ist ein sehr gutes Resultat in den Landtagswahlen, damit wir als starke Opposition der Regierung auf die Finger schauen können. Ich wiederhole, was ich schon bei anderer Gelegenheit zum Thema gesagt habe: Wir werden den Volkswillen am 5. Februar beachten. Für uns kommt eine Regierungsbeteiligung eigentlich nur in Frage, wenn

- wir so viele Stimmen und Mandate erreichen, dass uns die Grosspartei, welche die Mehrheit erreicht, zum Gespräch einlädt und wenn – noch viel wichtiger –
- diese Grosspartei auf die Forderungen eingeht, die wir stellen werden.

In welche Richtung unsere Forderungen gehen werden, ist aus den Positionen, die wir auch in diesem «hoi du» noch einmal veröffentlichen, ersichtlich. Wir werden mit Sicherheit fordern, dass der Staatapparat endlich verschlankt wird, dass unsere Aussenpolitik überdacht und neu ausgerichtet wird, dass Bildung und Ausbildung unserer Jugend auf den dualen Bildungsweg fokussiert wird, dass die staatseigenen Unternehmen straffer und effizienter geführt werden, dass unsere Sozialwerke (AHV, Krankenkasse...) nachhaltig gesichert werden, etc. Sollten a) und/oder b) nicht eintreten, bleiben wir in der Opposition. Uns ist wohl in der Opposition. Welcher Unabhängige käme in Frage, in die Regierung zu gehen,

werden wir oft gefragt? Warum nominieren wir keine Regierungskandidaten für den Wahlkampf? Weil wir grundsätzlich dagegen sind, dass mit Regierungschefkandidaten als so genannte Spitzenkandidaten Wahlkampf gemacht wird, obwohl man diese ja gar nicht direkt wählen kann. Weil wir ganz entschieden gegen «gesetzte» Kandidaten und Kandidatinnen sind. Auch in dieser Landtagswahl stehen bis auf einen alle Regierungsräte wohl schon fest, obwohl sie sich gar keiner Wahl stellen müssen. Das Volk soll nach unserer Auffassung auch bei der Wahl der Regierung etwas zu sagen haben. Das ist im heutigen System nicht möglich.

Wem stehen die Unabhängigen politisch näher?

Auch das ein Frage, die immer wieder gestellt wird. Da braucht es aber kein Liechtenstein-Institut und keine wahlhilfe.li, um diese Frage zu beantworten. Einstellungsmässig und auch in vielen Sachfragen hatten die Unabhängigen in der zu Ende gegangenen Legislatur mehr politische Gemeinsamkeiten mit der FDP als mit der VU. Das heisst aber noch lange nicht, dass wir mit der FDP Händchen halten! Die VU hat sich in der jüngeren Vergangenheit nach links orientiert und sich immer wieder mit den Weissen verbunden. Wenn man sich die politische Berichterstattung zu diesen Wahlen im *Vaterland* anschaut, ist eine mögliche Verbindung von Rot und Weiss klar zu erkennen. Die Bezeichnung «rosarot» kommt nicht von ungefähr. Allerdings wird der Wähler entscheiden, ob die VU wieder mehr in die Mitte rücken wird. Für die Unabhängigen steht auf jeden Fall im Vordergrund, ihren eigenen Weg zu gehen.

Das Land braucht Mutbürger

Jetzt bleibt mir nur noch eines übrig, liebe Leserinnen und Leser. Nehmen Sie Ihre Bürgerpflicht wahr und gehen Sie wählen. Ich wünsche allen Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg. Sich der Wahl zu stellen, erfordert Courage und Stärke – egal für welche Wahlgruppe/Partei man antritt. Dass die Wählerinnen und Wähler aus 71 Kandidatinnen und Kandidaten 25 Abgeordnete wählen können, ist schon mal positiv zu bewerten. Wählen Sie die couragiertesten und stärksten Persönlichkeiten! Der Landtag braucht Mutbürgerinnen und Mutbürger.

Zu guter Letzt:
Gsuund bliba! Das ist mein grösster Wunsch an die «hoi du»-Leserschaft für das Jahr 2017.

Fortsetzung von Seite 1

Unsere Positionen

In folgenden fünf Bereichen werden wir uns besonders engagieren:

1) Landespolitik

Bereits im letzten Wahlkampf vor vier Jahren haben wir die Position vertreten, dass dem Wunsch eines Grossteils der Bevölkerung, die Regierung direkt zu wählen, Rechnung getragen werden sollte. In den vergangenen Jahren führten wir viele Gespräche und gaben schliesslich eine Meinungsumfrage in Auftrag. Das Ergebnis dieser Umfrage war eindeutig: 67% der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner würden es vorziehen, wenn sie die Regierung direkt wählen könnten. Auch in diesem Wahlkampf sind viele Wähler enttäuscht, weil sie nicht wissen, wie oder wen sie wählen sollen, so dass ihre bevorzugten Regierungskandidaten in die Regierung kommen. Was am meisten verärgert, ist die Tatsache, dass manche Regierungsratskandidaten «gesetz» sind, ganz egal welche Partei die Wahlen gewinnt und den Regierungschef stellen wird. Wir halten dies für einen Mangel in unserem politischen System. Konsequenterweise haben wir keine Regierungsratskandidaten nominiert. Personen, die sich noch nie politisch engagiert haben, in die Regierung zu hieven oder gar als Regierungschef zu portieren, kommt für uns nicht in Frage. Je nach Wahlausgang werden wir Regierungskandidaten nominieren, die sich den Wahlen gestellt haben.

2) Aussenbeziehungen

Liechtenstein überschätzt sich im Chor der Nationen. Egal wie kräftig wir mitsingen, im Konzert bleiben wir immer ein kleines Fistelstimmchen. Das ist auch normal. Wir sind ein kleines Land. Nicht normal ist, dass immer wieder argumentiert wird, Liechtenstein könne «vorbildlich» agieren oder könne Vorbild sein. Das ist grössenwahnsinnig, denn ein Land von Liechtensteins Grösse kann schlechterdings nicht Vorbild sein für ein Land wie, sagen wir mal, Deutschland, geschweige denn Indien. Ein Beispiel: Selbst wenn wir die Auflagen des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz zu 1'000% erfüllen würden, wären, nein, könnten wir kein Vorbild sein. Die Unabhängigen sind für eine grössenverträgliche Aussenpolitik. Kyoto ist nicht grössenverträglich, deshalb wollen wir den Ausstieg. Die Unabhängigen möchten die liechtensteinische Aussenpolitik vollumfänglich hinterfragen. Wo brauchen wir wirklich eine Botschaft bzw. eine diplomatische Vertretung? Auch in Stassburg? Warum haben wir eine FIU (zur Hauptsache von Ausländern besetzt), die

sich rühmt, Liechtenstein in internationalen Gremien (Egmont Group) zu vertreten? Liechtenstein sollte die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn, insbesondere der Schweiz, besser pflegen. Wann hat unsere Aussenministerin das letzte Mal die St. Galler Regierung besucht? Wann hat unsere Aussenministerin sich mal in Sachen Verkehr mit den Kollegen in Wien unterhalten? Unserer Regierung fehlte in den letzten Jahren der gute Draht zu den Nachbarn.

3) Wirtschaft

Wir sind stolz darauf, dass in unserem Team so viele Wirtschaftsvertreter (Unternehmer, selbständig Erwerbende, Betriebsleiter, etc.) für den Landtag kandidieren. Wir sind uns einig, dass der Wirtschaft am besten gedient ist, wenn es gelingt, die Bürokratie und Überregulierung abzubauen.

Günstige Rahmenbedingung müssen gegeben sein, um das Lohnniveau zu halten und der Abwanderung der Arbeitnehmer vorzubeugen. Das seit der Jahrtausendwende fallende Bruttonationaleinkommen muss stabilisiert werden. Aufträge sollen möglichst im Land vergeben werden. Bei Arbeitsstellen in der Landesverwaltung hat der Inländervorrang zu gelten.

Liechtenstein ist Mitglied im EWR, in der UNO, der WTO und anderen internationalen Organisationen und habe deshalb viele hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Damit wird die Grösse des Staatsapparates begründet. Hier stellt sich die Frage: Müssen wir überall dabei sein, verschaffen wir uns mit der Übernahme von vielen Regulierungen, die nicht unbedingt für das Funktionieren unseres Staates notwendig sind, eventuell unnötige Arbeit und damit zusätzliche Stellen? In unserer Verwaltung arbeiten immer mehr Grenzgänger und Ausländer, muss das sein?

Die staatlichen Unternehmen wie Landesbank, LKW, Post, Telecom etc. müssen effizienter geführt werden. Eine Fokussierung auf die Kernkompetenzen und auf den Service Public ist angezeigt. Die Saläre in der Chefetage stehen in keinem Verhältnis zu der Verantwortung, welche die Chefs wahrnehmen. Die Chefgehälter sollen gedeckelt werden.

4) Bildung

Wir fordern ein klares Bekenntnis zum dualen Bildungsweg und sprechen uns klar gegen die jetzt schon übertriebene, aber immer noch zunehmende Akademisierung der Bildung aus. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn von Kindergärtnerinnen eine Matura verlangt wird. Es ist ebenso eine Fehlentwicklung, wenn Schülerinnen und Schüler aufs Gymnasium gehen, mit Mühe und Not die Matura schaffen und dann die KV-Lehre absolvieren.

Abgesehen davon, dass dies bildungspolitischer Blödsinn ist, muss man dies auch als Geldverschwendung bezeichnen. Warum soll der Staat so viel Geld in die gymnasiale und Hochschulbildung stecken, wenn es doch in vielen Berufen weder auf eine Matura noch einen Uni-Abschluss ankommt? Der Staat sollte konsequenterweise mehr in die duale Ausbildung (Schule und Berufslehre) investieren.

Eine höhere Bildungsanstalt wie die Universität muss ihr Ausbildungsangebot am lokalen Stellenmarkt und dem Bedarf im Land ausrichten oder in enger Kooperation spezifische Inhalte überregional anbieten (wie das FH-Regionen in der Schweiz machen). Die Universität Liechtenstein hat aber nur sehr selektive Ausbildungsinhalte, die kaum mit der Umgebung abgestimmt sind (im Gegenteil, in Wirtschaftsdisziplinen gibt man sich als eine Art «Konkurrenz» zur HSG und in der Architektur als «Konkurrenz» der ETH)

5) Gesundheit und Soziales

Unsere Gesundheit ist das wichtigste. Sie darf dementsprechend auch etwas kosten. Man darf wohl sagen, dass wir alle bereit sind, recht viel für unsere Gesundheit auszugeben. Das sieht man alleine schon daran, wie viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner privat versichert sind. Die Gesundheit ist nicht zuletzt deshalb ein lukratives Geschäft. Sehr gerne, allzu gerne nehmen wir die Angebote der «Gesundheitsindustrie» an. Kein Wunder, dass die Leistungserbringer möglichst viel «verkaufen» wollen. Dieses Konsumverhalten im Bereich Gesundheit treibt aber die Kosten in die Höhe. Die Kosten für die Krankenkasse drohen unbezahlbar zu werden.

Die Unabhängigen wollen ein hervorragendes Gesundheitssystem, das gleichermassen auf Eigenverantwortung und Solidarität aufbaut. Im Gesundheitswesen (ambulante und stationäre Behandlungen) besteht eine Umverteilung von Reich zu Arm, rund 70 Mio. werden über Steuern finanziert. Die Hochkostenversicherung (also die Versicherung für sehr kostspielige medizinische Eingriffe) wird grösstenteils aus Steuern finanziert, genau sind es zurzeit 289 Steuerpflichtige die 47% finanzieren.

AHV und Krankenkasse sind Sozialleistungen im Umlageverfahren. Vereinfacht gesagt, zahlen die jungen Leute ein, damit diese Leistungen an die ältere, nicht mehr erwerbstätige Generation erbracht werden können. Das ist richtig so. Die Überalterung verursacht aber hohe Kosten. Es muss dafür gesorgt werden, dass der erwerbstätigen Generation auch für die Verjüngung des Staates genügend übrigbleibt. Eine entsprechende Familienpolitik ist dringend notwendig.

Staatshaushalt ausgeglichen?

von Siegfried Sele

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit unser Regierungschef kurz vor den Wahlen behauptet der Staatshaushalt sei saniert und ausgeglichen.

Tatsache ist aber, dass das Betriebsergebnis (Einnahmen zu Ausgaben) negativ ist und nur mit Hilfe des Finanzergebnis' verkauft man den Bürgerinnen und Bürger eine schwarze oder rote Null. Um aber eben die Sanierungsmassnahmen der vergangenen vier Jahre als geglückt verkaufen zu können, wird das Finanzergebnis mit einem Zinssatz von 2.5 % gerechnet, der aber mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht erreicht wird.

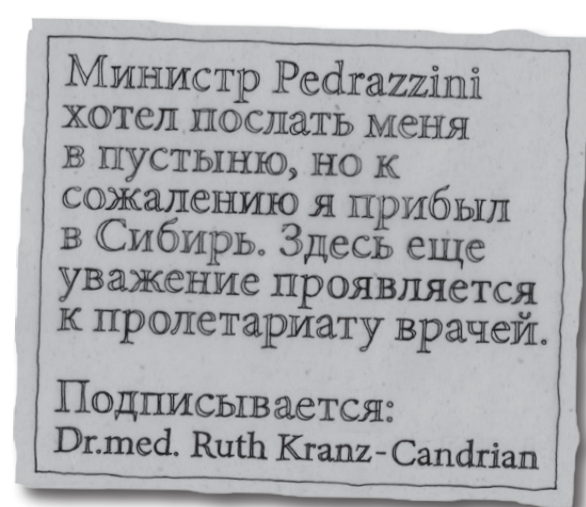
Nur so zur Erinnerung: Die PVS (Pensionskasse der Staatsangestellten) wurde ja nach der Abstimmung mit 2.5% Verzinsung angesetzt, da diese mit dem Finanzergebnis realisierbar sei.

Mittlerweile wurde der Zinssatz auf 2.0% reduziert, aber auch mit diesem Zinssatz konnte das geforderte Finanzergebnis nicht erreicht werden. Für das Jahr 2016 mussten die Angestellten dieser Pensionskasse sogar 1% Verzinsung (Mutationszinssatz) im Kauf nehmen. (Im 2015 waren es sogar nur 0.5%.)

Deshalb ist es schon ein wenig verwunderlich, wie man hier von einem ausgeglichenen Staatshaushalt

sprechen kann, zumal ja hier der Regierungschef und sein Stellvertreter nicht einmal einer Meinung sind. Ziel muss es sein, ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen, um dann mit dem Finanzergebnis dringend benötigte Investitionen tätigen zu können. Das Verhalten der letzten vier Jahre im Bezug auf Investitionen kann so nicht weitergehen, denn «Stillstand bedeutet Rückschritt» und dieser ist dann – wenn überhaupt – nur mit massivem Mehraufwand wieder wettzumachen.

Vielleicht überrascht uns die künftige Regierung nach den Wahlen mit neuen Erkenntnissen und schlägt weitere Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts vor.



* Das obige Inserat erschien jüngst in der Pravda Gazeta in Sibirien.

Personalpolitik des Staates

von Siegfried Sele

Es waren einmal mehrere Bewerber für eine ausgeschriebene Stelle beim Staat. Die Anforderungen laut Ausschreibung erfüllten aber nicht alle dieser Bewerber. Selbstverständlich ist der Bewerber zum Zuge gekommen, der alle die geforderten Voraussetzungen erfüllte.

Das beginnt und klingt wie ein Märchen und leider ist es eines, denn dieser fähige Bewerber hat die Rechnung ohne die beiden Grossparteien gemacht. Am Ende bekam einer die Stelle, der nicht alle Kriterien der Ausschreibung erfüllte, aber eben der richtigen Partei, FBP oder VU, zugeordnet werden konnte.

Hier muss sich dringend etwas ändern, um von solchem «Päckla» der Grossparteien wegzukommen. Angestellt werden sollen die für die zu besetzende Stelle am besten geeigneten Bewerber, wobei die Inländer bevorzugt berücksichtigt werden sollen.

Leider gibt es Bereiche in der Landesverwaltung, d.h. manche Amts-

stellen oder Abteilungen in diesen Ämtern, die mehrheitlich durch Ausländer besetzt sind. Es kommt vor, dass Ausländer den Liechtensteinern vorgezogen werden. Seit Anfang Jahr ist eine Zürcherin die neue Leiterin des Amtes für Statistik. Diese Frau ist bestimmt entsprechend gut qualifiziert, das soll gar nicht angezweifelt werden. Es gab aber auch mehr als eine Liechtensteiner Bewerbung, sogar aus dem Amt für Statistik selbst. Warum wurde kein Liechtensteiner bevorzugt berücksichtigt, wenn die Qualifikationen stimmten? Man muss sich dies vielleicht damit erklären, dass die Regierung so kurz vor den Wahlen sich nicht für einen Parteigänger der FBP oder VU entscheiden wollte. Lieber einen Ausländer anstellen, denkt man sich wohl, als den einen oder andern Liechtensteiner (inkl. seiner Familie) zu erzürnen. Doch mit dieser Vorgehensweise hat es die Regierung geschafft, die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner aller politischen Farben wieder einmal vor den Kopf zu stossen.

Jahrhundertprojekt

von Peter Wachter

Wohl mit etwas Wehmut haben wir über den Rhein geschaut, wie die Schweiz den Gotthardtunnel unter den Augen der ganzen Welt eröffnete. Ein Jahrhundertbauwerk, Schweizer Ingenieurskunst, ein Bauwerk, auf das die Schweizer Bürger mit Recht stolz sein dürfen.

Mit Wehmut, weil seit der verkorksten Diskussion um unsere S-Bahn viele Liechtensteiner der Meinung sind, wir seien zu einem wirklich grossen und wichtigen Projekt nicht mehr in der Lage.

Ein Projekt, wie die Sicherung des Rheines vor hundert Jahren – eine riesige Herausforderung für unsere Grossväter – scheint heute nicht mehr möglich.

Wir könnten U-Bahnen bauen, eine Schwebebahn von Balzers bis Ruggell, ein Tunnel durch das Dreischwestern-Massiv von Schaanwald bis an die Schweizer Grenze, all das hätte aber im besten Fall den Charme eines Schildbürgerstreiches. Jahrhundertprojekte wären es nicht.

Eine Arbeit müssen wir möglichst bald angehen. Die Sicherung unserer Sozialwerke. Sie müssen krisenfester werden und wir müssen sie so gestalten, dass auch die jungen Liech-

tensteinerinnen und Liechtensteiner überzeugt sind, dass auch sie eines Tages eine Alterssicherung haben werden.

Dazu reicht es bei Weitem nicht, Staatsbeiträge und Leistungen zu kürzen.

Unsere AHV ist gerade einmal 63 Jahre alt, eine rüstige Dame, kurz vor ihrer Pension. Es haben sich aber in den letzten Jahren so viele Dinge verändert, dass man daran zweifeln muss, ob die ältere Dame ihre Pension geniessen kann, wenn nichts passiert.

Die demografische Entwicklung war nicht voraussehbar, die Menschen beziehen immer länger Renten, was schön ist, aber eben auch teuer.

Grundidee der AHV ist die Solidarität unter den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern. Wer mehr hat, bezahlt mehr ein, jede und jeder soll eine Rente bekommen. Die Einkommensstruktur hat sich in den letzten Jahren zu Ungunsten der AHV geändert, die Beiträge kommen zum grössten Teil aus den Lohnneinkommen, andere Einkommensarten leisten keinen Beitrag, wer ein hohes Einkommen aus Beteiligungen, Dividenden, Mieteinnahmen, Vermögenszugewinnen bezieht, aber keinen Lohn im eigentlichen Sinne, ist nur noch ein «bisschen», oder gar nicht mehr solidarisch.

Altwerden ist keine Krankheit

von Agnes Dentsch

Der Wunsch aller Senioren ist sicher ein Leben in Gesundheit, Liebe und Frieden mit ihren Angehörigen und Freunden. Das Alter bringt aber ganz natürliche Alterungsprozesse mit sich. Es treten vermehrt Beschwerden auf, es tut mal da weh, mal dort weh. Man denkt, ein Arzt kann sicher helfen. Tut er es aber auch?

Können Ärzte wirklich alles «heilen»?

Die Ärzte sind keine Götter, sie können ein Alterungsprozess evtl. hinausschieben, aber nicht aufhalten. Ständige Arztbesuche und Medikamente helfen nur bedingt. Durch die Neben- und Wechselwirkungen der Medikamente entstehen nicht selten neue Krankheiten. Sie führen vermehrt zu Folgeerkrankungen, wie z.B. Demenz, Herz- und Kreislaufbeschwerden, Atembeschwerden, rheumatischen Erkrankungen, Aggressionen, usw. und möglichen Spitalaufenthalten.

Apotheken und Medikamente

Die Einführung von Medikamentenchecklisten ist notwendig. Diese müssen regelmässig überprüft werden. Pharmakologie (Heilmittellehre) ist die Domäne der ApothekerInnen. Auf Wunsch können sie die gesamte Medikation auf Wirkung, Nebenwirkung und Wechselwirkung überprüfen. Falls eine Abklärung nötig ist, nehmen Sie mit dem Arzt Kontakt auf. Eine Übermedikation kann so vermieden werden. Im März 2017 wird in Balzers die fünfte Apotheke Liechtensteins eröffnet. Hauslieferung der Medikamente ist möglich. Die Rezepte können Ärzte elektronisch an die Apotheken übermitteln, oder die Patienten können ein Rezept verlangen und die Medikamente selbst abholen. Praxisapotheken würden zwar weniger Umsatz erwirtschaften dafür würden sich die Gesundheitskosten senken.

Altenheim und Pflegeheim

Leider gibt es Fälle, wo der Eintritt ins Alters- und Pflegeheim unumgänglich ist. In solchen Fällen müssen die BewohnerInnen die Vor-

Den Staat nicht ausbauen, sondern zuerst die Aufgaben hinterfragen

von Ado Vogt

Im seinem letzten 1 FLTV-Interview, das ab dem 3. Januar 2017 lief, meinte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, dass in seiner nächsten Amtszeit, sofern es denn auch eine gibt, die Polizei personell ausgebaut werden müsse. Grund dafür seien neue Aufgaben und die Erhöhung der Präsenz, hervorgerufen durch die zahlreichen Einbruchsdiebstähle.

Mich lassen diese Aussagen mit konkreten Fragen zurück. Ist es bei den Einbrüchen nicht so, dass der mit Abstand grösste Teil von Kriminaltouristen begangen wird? Diese Kriminaltouristen sind in Banden organisiert, kommen über die offenen Grenzen bis zu uns und ziehen über Wochen durch das Rheintal. Wäre es also nicht die richtige Konsequenz, die Grenzen besser zu überwachen? Es wird nur schwer möglich sein, in jeder Quartierstrasse permanent einen Polizisten zu postieren. Anstatt die Ursachen klar zu nennen und diese im Rahmen der Mittel zu bekämpfen, wird an den Symptomen gewerkelt.

Ebenfalls wäre es interessant zu wissen, welche neuen Aufgaben die Polizei übernehmen soll? Warum konkret muss unser Polizeiapparat und damit unser Staatsapparat weiter

ausgebaut werden? – Sind es gar wiederum Aufgaben, die wir aufgrund unserer alternativlosen internationalen Kooperation übernehmen müssen, die eventuell für Liechtenstein überhaupt nicht sinnvoll sind? Kann es sein, dass sich durch eine Verbürokratisierung ein grosser Teil der Polizeiarbeit vor dem PC abspielt? Diese Fragen wären meiner Meinung nach zuerst zu beantworten, bevor man Personal einstellt.

Ob der Ausbau des Staats zur Konsolidierung der Finanzen beiträgt, scheint vermutlich nicht nur mir zweifelhaft. Die Wähler werden ihre Meinung dazu bei den anstehenden Landtagswahlen Anfang Februar kundtun.

Im Interview nannte er weiter die «gleich langen Spiesse» als grossen Erfolg im Ressort Wirtschaft. Als Gewerbler in der dritten Generation kann ich mich noch gut daran erinnern, dass vor dem EWR-Beitritt Liechtensteins mit Ausnahmen überhaupt gar keine Beschränkungen für das Gewerbe vorhanden waren. Liechtenstein und die Schweiz waren ein Wirtschaftsraum, die Zoll- und Währungsunion sind Ausdruck dafür. Wir müssen – oder dürfen, je nach Ansicht – mit dem starken Franken leben, haben ähnlich hohe Löhne, aber der uneingeschränkte Zutritt zum Markt ist uns verwehrt!

Diese Situation ist vermutlich weltweit einzigartig. Wir sind zwar eng mit der Schweiz verflochten, aber eben doch nicht richtig. Was nützen unzählige Strategien und Gutachten zu Innovation und Start-ups, wenn der heimische Gewerbebetrieb durch ärgerliche Bürokratie im täglichen Kontakt mit seinen Kunden behindert wird? Hier wäre es spannend zu erfahren, wie gross der volkswirtschaftliche Schaden für Liechtenstein durch dieses jahrelange Nichtstun ist.

Dass die gleich langen Spiesse nur für zwei Kantone, nämlich St. Gallen und Graubünden gelten, ist für mich unverständlich. Ich bin überzeugt, wenn die Industrie mit ähnlichen Problemen konfrontiert gewesen wäre, hätte die Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um rasch und unkompliziert eine gute Lösung zu finden. Das gleiche Engagement fordere ich für das Gewerbe, und zwar nicht erst nach einer Demonstration vor dem Landtagsgebäude, das aktuell vor sich hin bröckelt.

Ich möchte in den Landtag, um mich tatkräftig in den Bereichen Wirtschaft, Aussenbeziehungen (insbesondere unsere Beziehungen zur Schweiz), Bürokratieabbau und Bildung (dualer Bildungsweg) einbringen zu können.

Selbstloses Dienen

von Jack Quaderer

Dies sei das Lebensmotto von Gustav Gstöhl, der für die VU in den Landtag gewählt werden möchte. Ich habe die Berichterstattung über seine Nominierung verfolgt. Er erzählte von seiner beruflichen Karriere: Ausbildung bei der Post, Leiter Marketing beim Medienhaus (*Vaterland*), selbständiger Unternehmer (Medienagentur Gstöhl). Nach 11jähriger Selbstständigkeit ging er wieder zurück zur Post. Die digitale Revolution habe voll durchgeschlagen und er habe keine Zukunftsperspektiven für seine Medienagentur mehr gesehen. Zum grossen Glück konnte er sein Geschäft zu einem guten Preis der Liechtensteinischen Post verkaufen. Er selbst wurde als Poststellenleiter angestellt.

Im Post-PUK-Bericht wurde dazu Folgendes geschrieben: «Die Medienagentur Gstöhl wurde 2011 von der Post erworben. Sie erwirtschaftete keine Gewinne, sondern fuhr operative Verluste ein. Die Medienagentur Gstöhl wurde 2014 an den aus dem Postdienst ausscheidenden Bernhard Elkuch veräussert. Der Post resultierte allein aus dem Verkauf des Geschäfts ein Verlust von CHF 80'000. Dazu kamen noch operative Verluste in fünfstelliger Höhe.»

Schwerkranke Bewohner (bettlägrig und sediert) wohnen mit noch «Fitten» zusammen. Die Stimmung im Haus ist dementsprechend gedrückt. Ein zweiter Schritt in eine Depression?

Schwerkranke gehören nicht ins Altersheim, sondern auf eine Palliativ-Station, wo sie rund um die Uhr fachmännisch versorgt werden können.

Eigenverantwortung

Mehr Eigenverantwortung ist gefragt, Patienten haben auch Rechte, die sie wahrnehmen können und sollten. Ein Recht auf Selbstbestimmung; ein Recht auf wahrheitsgetreue Auf- und Erklärung der Ärzte betreffend Diagnosen, Behandlungen, Medikamente und Operatio-

Wenn man dies liest, muss für Gustav Gstöhl der Verkauf seines Geschäfts an die Post wie ein Lotto-sechser gewesen sein. Einfach selbstlos. Mich nähme Wunder, wie lange Gstöhl gebraucht hat, um die Post zu überzeugen, seine Agentur zu kaufen, für die er selber, wie er im Fernsehinterview offen zugibt, keine rosige Zukunft mehr sah.

Das etwas hochtrabende Lebensmotto «selbstloses Dienen» hat Gustav Gstöhl offensichtlich vom Rotary Club übernommen. Er ist Rotary-Mitglied. Auf Wikipedia kann nachgelesen werden, dass der Wahlspruch der Rotarier «Service above self» (selbstloses Dienen) sei. Das Ziel von Rotary bestehe darin, das Ideal des Dienens als Grundlage des Geschäfts- und Berufslebens zu fördern, indem seine Mitglieder z.B. freundschaftliche Beziehungen entwickeln, um sich anderen nützlich zu erweisen. Wenn man dann feststellt, wer auch Mitglied des gleichen Rotary Clubs Liechtenstein-Eschnerberg ist, dann wird klar, dass Gustav Gstöhl wohl gar nicht viel Überzeugungsarbeit leisten musste, bis die Post ihm seine Medienagentur abkaufte. Der ehemalige Post-Chef Herbert Rüdiger ist nämlich auch Mitglied des gleichen Clubs. Offensichtlich geht es nicht nur um «selbstloses Dienen» sondern eben auch «um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen, um sich anderen nützlich zu erweisen.»

nen; ein Recht auf alle persönlichen ärztlichen Unterlagen, um ev. Missverständnisse aufzuklären.

Kontrolle und Transparenz

Die Altersversorgung kostet alle Prämien- und Steuerzahler viel Geld. Tagestaxen müssen selbst bezahlt werden. Wenn die Rente und das sonstige Vermögen nicht reichen, müssen Ergänzungsleistungen in Anspruch genommen werden. Pflegekosten werden durch Krankenkassen, Land und Gemeinden getragen, also von Prämien- und Steuerzahler. Vermehrte Kontrollen aller Leistungserbringer (inkl. Tätigkeiten der LAK) und mehr Transparenz für Versicherte können die Gesundheitskosten senken.